

LVBS Sachsen, Strehleener Straße 14, 01069 Dresden

Herrn Ministerpräsident Michael Kretschmer
Sächsische Staatskanzlei
Archivstr. 1
01097 Dresden

Dresden, 19.11.2021

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

der Lehrerverband Berufliche Schulen Sachsen e.V. ist die gewerkschaftliche Interessenvertretung der Lehrkräfte an den Berufsbildenden Schulen in Sachsen. Er ist eingebunden im Bundesverband der Lehrkräfte in der Berufsbildung (BvLB) und damit eine Mitgliedsgewerkschaft des dbb beamtenbund und tarifunion. Die aktuell stattfindenden Tarifverhandlungen zum TV-L und den Gewerkschaften erfüllen uns mit großer Sorge. Die Art und Weise, in der sich die Verhandlungsführer der TdL positionieren, erzeugt eine extreme Missachtung der Leistungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Wir Lehrkräfte haben uns bei der Formulierung der Forderungen deutlich zurückgehalten. Wir haben bewusst mit dem Blick auf alle beruflichen Branchen und im speziellen auf die in den Pflegeberufen arbeitenden Menschen Solidarität gezeigt. Eine Forderung nach 5 % bzw. 150,- € sind nicht überzogen. Die Realisierung der Forderung nach stufengleicher Höhergruppierung ist längst überfällig. Lehrkräfte vertrauen in diesen Tarifverhandlungen auf die in der Vergangenheit von der Politik gemachten wertschätzenden Worte. Wir dürfen erwarten, dass genau die Worte in den Angeboten der TdL Niederschlag finden. Dagegen müssen wir konstatieren, dass nach zwei erfolglos geführten Verhandlungsrunden unter Beteiligung des sächsischen Finanzministers Hartmut Vorjohann weder ein Angebot unterbreitet wurde, noch ernsthaft die Vorschläge der Gewerkschaften diskutiert und es mit der Eröffnung des Themas der „Definition von Arbeitsvorgängen“ gar zu Einkommensverlusten kommen kann. Es verwundert nicht, dass es durch die Art und Weise des miteinander Umgehens Wasser auf die Mühlen der politischen Kräfte leitet, die polemisierend und mit radikalen Ansichten erfolgreich in Sachsen das politische Parkett erobern.

Die TdL versteckt sich bei ihrer ablehnenden blockierenden Haltung hinter dem Argument, die Handlungsfähigkeit des Staates zu erhalten. Sie vergisst offenbar dabei, dass die über 800.000 Beschäftigten genau dies aber verinnerlicht und mit großen Engagement bis hin zur Erschöpfung getan haben. Und das nicht erst, seit Beginn der Corona-Pandemie.

Derzeit verlieren die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder mit dem Tarifwerk mehr und mehr ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Branchen und insbesondere gegenüber den Beschäftigten bei Bund und Kommunen. In der Zeit von Personal- und Fachkräftemangel ist es obsolet und fahrlässig, die Sicherheit eines Jobs im öffentlichen Dienst als Argument gegen sogenannte überzogene Forderungen der Gewerkschaften anzuführen und die Tarifverhandlungen als solche zu gefährden.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wir bitten Sie um Unterstützung in unser aller Interesse, gemeinsam mit der Staatsregierung die Blockadehaltung der Verhandlungsführer der TdL zu kritisieren und darauf hinzuwirken, ein faires, zukunftsorientiertes und akzeptables Ergebnis in der dritten Verhandlungsrunde zu erzielen.

Mit freundlichen Grüßen

Dirk Baumbach
1. Vorsitzender